

Schriftenreihe

Umwelt & Energie



Band 6

Anforderungen der neuen Verpackungsverordnung

■ Impressum

- Herausgeber: BITKOM
Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e. V.
Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel.: 030.27576-0
Fax: 030.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org
- Ansprechpartner: Philipp Karch
Tel.: 030.27576-231
p.karch@bitkom.org
- Redaktion: Philipp Karch, Alexandra Widmann (beide BITKOM)
sowie Mitglieder des Arbeitskreises Entsorgung
- Gestaltung/Satz: Design Bureau kokliko/ Anna Müller-Rosenberger (BITKOM)
- Copyright: BITKOM 2008

Die Inhalte dieses Leitfadens sind sorgfältig recherchiert. Sie spiegeln die Auffassung im BITKOM zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Die vorliegende Publikation erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir übernehmen trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.“

Band 6

Anforderungen der neuen Verpackungsverordnung

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Die Fakten im Überblick	4
3	Rücknahmepflicht für Verkaufsverpackungen, die beim privaten Endverbraucher anfallen (b2c), § 6 VerpackV	6
3.1	Erstinverkehrbringer	6
3.2	Verkaufsverpackungen, die typischerweise beim privaten Endverbraucher anfallen, § 3 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 VerpackV	6
3.3	Privater Endverbraucher, § 3 Abs. 11 VerpackV	7
3.4	Abgrenzung Verkaufsverpackung – Transportverpackung	7
3.5	Serviceverpackungen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 VerpackV	7
3.6	Zugelassene Rücknahmesysteme	8
4	Vollständigkeitserklärung, § 10 VerpackV	9
4.1	Pflicht zur Abgabe einer Vollständigkeitserklärung	9
4.2	Hinterlegungsablauf	9
4.3	Inhalt der Vollständigkeitserklärung	9
4.4	Weiterführende Fragen	10
5	Branchenlösung, § 6 Abs. 2 VerpackV	11
5.1	Voraussetzungen	11
5.2	Weiterführende Fragen	12
6	Rücknahmepflicht für Verkaufsverpackungen, die beim gewerblichen Endverbraucher anfallen (b2b), § 7 VerpackV	13
6.1	Betroffene Verpackungsarten	13
6.2	Rücktransport oder vor Ort Entsorgung	13
6.3	Beauftragung Dritter, § 11 VerpackV	13
6.4	Entsorgung bei „haushaltsähnlichen“ Anfallstellen	13
7	Rücknahmepflicht für schadstoffhaltige Füllgüter	14
8	Ausblick	14
9	Anhang	15
9.1	Links/weitere Info / Helpdesks	15
9.2	Glossar	15
9.3	Profile ausgewählter Entsorger im Überblick	16

1 Einleitung

Durch die fünfte Novellierung der Verpackungsverordnung werden Inverkehrbringer von Verpackungen stärker in die Pflicht genommen als bisher. Sie sind verpflichtet, sich an einem dualen System zur Entsorgung von Verpackungen zu beteiligen – die Selbstentsorgung fällt nun weitestgehend weg. So soll die bisherige Mitnutzung von Entsorgungssystemen durch Unternehmen, die keine Lizenzgebühren bezahlen, eingedämmt werden.

Außerdem ist erstmals zum 1. Mai 2009 (dann jährlich) bei Inverkehrbringen von größeren Verpackungsmengen eine Vollständigkeitserklärung abzugeben.

Eine weitere Umstellung für Unternehmen wird die klare Trennung zwischen Verpackungen sein, die bei gewerblichen Endverbrauchern und solchen, die bei privaten Anfallstellen anfallen. Hiernach entscheidet sich, welche Pflichten der Inverkehrbringer der Verpackung tatsächlich hat.

Der hier vorliegende Leitfaden dient als Umsetzungshilfe. Der Schwerpunkt liegt bei den Neuerungen, die durch die 5. Novelle entstehen.

Nach den „Fakten im Überblick“ (Kapitel 2) folgen Erläuterungen zur Rücknahmepflicht von Verkaufsverpackungen, die b2c anfallen (Kapitel 3). Danach werden zwei zentrale Neuerungen der fünften Novellierung besprochen: Die Vollständigkeitserklärung (Kapitel 4) und die Branchenlösung (Kapitel 5). Die Rücknahmepflichten im Bereich b2b und bei schadstoffhaltigen Füllgütern sind in den Kapiteln 6-7 erläutert. Einen Ausblick gibt Kapitel 8. Der abschließende Anhang enthält Links zu wichtigen Informationsquellen, ein Glossar und Profile ausgewählter Entsorger.

2 Die Fakten im Überblick

Die wichtigsten Neuerungen der novellierten Verpackungsverordnung sind im Folgenden zusammengefasst (In Klammern der Verweis auf weitere Erläuterungen):

- **Lizenzierungspflicht bei Rücknahmesystemen, § 6 Abs. 1 u. 3 VerpackV**
 - Die Verpackungsverordnung verpflichtet ab dem 1. Januar 2009 diejenigen, die als erste verpackte Ware in Verkehr bringen, die für private Endverbraucher bestimmt ist, sich an einem Rücknahmesystem zu beteiligen (siehe S. 8f.).
 - **Ausnahmen:**
 - § 6 Abs. 1 VerpackV: eine Rücknahme und Weiterverwertung in Eigenregie ist zulässig, wenn insbesondere die Verwertungsquoten im Anhang I¹ der VerpackV eingehalten werden. Die Verpackungen müssen zunächst zwingend lizenziert worden sein, man erhält dann im Nachhinein einen Anspruch auf Rückzahlung der Lizenzgebühren.
 - § 6 Abs. 2 VerpackV: zulässig sind auch branchenbezogene Lösungen (siehe S. 13f.).
- **Vollständigkeitserklärung, § 10 VerpackV**
 - Übersteigt die Menge der in Verkehr gebrachten Verpackungen bestimmte Schwellenwerte, sind Unternehmen verpflichtet, eine Vollständigkeitserklärung (VE) bei der zuständigen IHK einzureichen. Die Schwellenwerte sind:
 - Glas: 80 t/a
 - Papier/Karton/Pappe: 50 t/a
 - Aluminium/Weißblech/Kunststoffe/Verbunde: 30 t/a
 - Erstmals muss die VE am 1. Mai 2009 für die in 2008 in Verkehr gebrachten Verpackungen abgegeben werden. Angegeben werden müssen die Verpackungen, die im Zeitraum vom 5. April bis 31. Dezember 2008 in Verkehr gebracht wurden.
- **Erstinverkehrbringer, § 6 Abs. 1 VerpackV**
 - Ab dem 1. Januar 2009 ist grundsätzlich der Erstinverkehrbringer von Verpackungen zu deren Rücknahme verpflichtet. Dies ist derjenige, der mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen als erster in Verkehr bringt (siehe S. 8f.).
 - Eine Ausnahme besteht für Serviceverpackungen. Hier können Erstinverkehrbringer von Lieferanten oder Herstellern der Serviceverpackungen verlangen, daß diese die Lizenzierung übernehmen (siehe S. 9).
 - Bisher, also bis zum 31. Dezember 2008, ist es so, dass sich der Handel, Abfüller von Ware und Hersteller der Verpackung einigen müssen, wer die Lizenzierung der Verkaufsverpackungen übernimmt.
- **Kennzeichnungspflicht**
 - Die bisherige Pflicht, bei b2c-Verpackungen die Systembeteiligung durch Kennzeichnung der Verpackungen oder ähnliche Maßnahmen zu dokumentieren, entfällt ab dem 1. Januar 2009.
 - Hierdurch wird der Wechsel zu einem anderen dualen System erleichtert, da ein solcher Wechsel keinen finanziellen Mehraufwand hervorbringt (durch Neuherstellung von Verpackungen z.B.).
 - Verpackungen können jedoch weiterhin freiwillig gekennzeichnet werden. Die Nutzung des „Grünen Punktes“ wird laut DSD GmbH weiterhin möglich sein. Ein Zeichennutzungsvertrag, der unabhängig von einem möglichen Entsorgungsvertrag existiert, wird noch entwickelt.
 - **Kennzeichnungspflicht in anderen EU Ländern!**
 - Auch in anderen EU Ländern wird der Grüne Punkt als Kennzeichnung für Verpackungen verwendet.
 - Ab dem 01.01.2009 besteht noch in 5 Ländern die Kennzeichnungspflicht. Diese sind: Frankreich, Spanien, Portugal, Bulgarien und die Türkei.

¹ Glas: 75%; Weißblech: 70%; Aluminium: 60%; Papier, Pappe, Karton: 70%; Verbunde: 60%

- Sofern ein Unternehmen Geräte in diese Länder liefert, muss es sicherstellen, dass sich der Grüne Punkt auf der Verpackung befindet.
- Für den Fall, dass ein Unternehmen nicht separieren kann, ob ein Produkt nach Deutschland oder in eines der 5 Länder geht, müsste der Grüne Punkt auch in Deutschland auf die Verpackung gedruckt werden.
- Dies hätte wiederum zur Folge, dass das Unternehmen die Nutzung der Marke „Grüner Punkt“ beim Dualen System Deutschland erwerben müsste.

Zeitplan

WAS	WANN
Inkrafttreten des § 10 Verpack (Vollständigkeitserklärung)	5. April 2008
Inkrafttreten der übrigen Regelungen der 5. Novelle	1. Januar 2009
Verpackungsmengen müssen von Befugten testiert sein, damit sie rechtzeitig in Vollständigkeitserklärung angegeben werden können	30. April 2009
Frist zur Abgabe der Vollständigkeitserklärung läuft erstmals ab.	1. Mai 2009

3 Rücknahmepflicht für Verkaufsverpackungen, die beim privaten Endverbraucher anfallen (b2c), § 6 VerpackV

■ 3.1 Erstinverkehrbringer

Grundsätzlich ist der Erstinverkehrbringer derjenige, der in Deutschland erstmals die rechtliche Verantwortung für die mit Ware befüllte Verpackung hat. Es kommt für die Lizenzierungspflicht nur auf das in Verkehr bringen innerhalb der deutschen Grenzen an, da nur hier die VerpackV gilt. Exportiert jemand z.B. eine verpackte Ware von Deutschland nach Österreich, so besteht dort keine Lizenzierungspflicht.

Inverkehrbringen liegt vor, wenn die verpackte Ware erstmals für Dritte bereitgestellt wird, mit dem Ziel, diese zu vertreiben, zu verbrauchen oder zu verwenden.

Importeure

Bringt ein Importeur die verpackte Ware erstmals im Geltungsbereich der VerpackV, also in Deutschland, in Verkehr, so ist dieser als Erstinverkehrbringer lizenzierungspflichtig. Entscheidend ist, wer zur Zeit des Grenzwechsels der verpackten Ware die rechtliche Verantwortung für diese trägt. Dies kann der Produzent sein, der die Ware über die Grenze bringt und einem Dritten, z.B. einem Händler, diese erstmals in Deutschland bereitstellt. Es kann aber auch der Händler selbst sein, wenn dieser die verpackte Ware über die Grenze holt und diese einem Kunden in Deutschland erstmals bereitstellt.

Die Beauftragung eines Dritten hierfür ist nach § 11 VerpackV zulässig. Die Pflicht an sich obliegt jedoch trotzdem dem Erstinverkehrbringer.

Erfolgt das erstmalige Inverkehrbringen durch einen ausländischen Rechtsträger ohne Niederlassung in Deutschland, der die Verpackungen lizenziert hat, ist der inländische Vertreiber grundsätzlich nicht mehr zur Lizenzierung verpflichtet. Allerdings ist Vorsicht geboten, denn nachweisen, daß die Verpackungen lizenziert sind, muss er unter Umständen dennoch.

Handel

Fraglich ist, wen die Lizenzierungspflicht trifft, wenn Eigenmarken des Handels in Verkehr gebracht werden.

Der Handel ist verpflichtet, wenn dieser Abfüller oder Verpacker ist. Dies ist dann der Fall, wenn der Handel ausschließlich auf der Verpackung als Abfüller oder Hersteller angegeben ist und er auch das Markenrecht am Produktnamen hat².

Eine Beauftragung Dritter ist zulässig. Dies bedeutet aber keinen Übergang der Lizenzierungspflicht an sich auf den Beauftragten.

■ 3.2 Verkaufsverpackungen, die typischerweise beim privaten Endverbraucher anfallen, § 3 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 VerpackV

Die Frage, ob eine Verkaufsverpackung typischerweise für den privaten Endverbraucher bestimmt ist, muss individuell beantwortet werden. Zunächst muss vermutet werden, dass verpackte Ware, die über z.B. den Einzel-

² http://laga-online.de/laganeu/index.php?option=com_letterman&task=view&Itemid=49&id=17

handel vertrieben wird, für den privaten Endverbraucher bestimmt ist.

Über die zurückgenommenen Verkaufsverpackungen ist ein Mengenstromnachweis zu erstellen. Weitere Informationen hierzu:

www.laga-online.de/mitteilungen/docs/m37_RL_VerpackV_170106.pdf

■ 3.3 Privater Endverbraucher, § 3 Abs. 11 VerpackV

Private Endverbraucher sind:

- Haushaltungen
- Vergleichbare Anfallstellen von Verpackungen, insbesondere Gaststätten, Hotels, Kantinen, Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen, Freiberufler und typische Anfallstellen des Kulturbereichs (Kinos, Opern, Museen) sowie des Freizeitbereichs (Ferienanlagen, Freizeitparks, Sportstadien und Raststätten)
- Vergleichbare Anfallstellen sind auch landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe, die über Sammelgefäße mit nicht mehr als maximal je Stoffgruppe (Papier, Pappe, Kartonagen, Leichtverpackungen) einem 1100-Liter-Umleerbehälter entsorgt werden können.

Die Verpackungen, die bei privaten Endverbrauchern und vergleichbaren Anfallstellen anfallen, müssen kostenlos und haushaltsnah entsorgt werden.

■ 3.4 Abgrenzung Verkaufsverpackung – Transportverpackung

Die Abgrenzung erfolgt anhand der Anfallstelle. Fällt die Verpackung beim Endverbraucher an, so handelt es sich um eine Verkaufsverpackung. Nur, wenn die Verpackung tatsächlich beim Händler verbleibt, ist es eine Transportverpackung. Im Zweifel wird es sich eher um eine

Verkaufsverpackung handeln, da der Sinn der 5. Novellierung der VerpackV ist, die Hersteller und Vertreiber in die Pflicht zu nehmen. Die Abgrenzung wird oft schwierig, wenn nicht sogar streitig sein.

Bsp: Ein Lieferant packt Ware im Lkw aus und nimmt die Verpackung wieder mit. Die Verpackung diene aber nicht lediglich dem Transport, sondern schützte die Ware auch sonst vor Beeinträchtigungen (Schmutz etc.). Dann handelt es sich wohl um eine Verkaufsverpackung, obwohl der Endverbraucher diese nie zu Gesicht bekommen hat. Der Begriff der Transportverpackung ist eng auszulegen und wird daher im Zweifel nicht anzuwenden sein.

■ 3.5 Serviceverpackungen, § 3 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 VerpackV

Serviceverpackungen sind Verpackungen, die die Übergabe von Ware an den Endverbraucher ermöglichen oder unterstützen. Sie sind Verkaufsverpackungen. Beispiele: Tragetaschen aus Kunststoff, Wurstfolien.

Streitig ist, ob auch z.B. Versandtaschen oder Kartons des Versandhandels auch hierunter fallen, wenn mit diesen bereits verpackte oder unverpackte Ware verschickt wird. Ende Oktober 2008 wurde hierzu von den Länderbehörden Folgendes beschlossen:

„Verpackungsmaterial, das dem Transport von Waren dient und beim privaten Endverbraucher anfällt (insbesondere Versandpakete von Internet- und Versandhandel - einschließlich Direktvertrieb), ist als eine Verkaufsverpackung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 VerpackV, aber nicht als Serviceverpackung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 VerpackV einzustufen.“³

Grundsätzlich müsste diese Frage hiermit geklärt sein. Es empfiehlt sich jedoch, sollte das Unternehmen betroffen sein, die Entwicklung in dieser Streitfrage zu beobachten.

3 http://laga-online.de/laganeu/index.php?option=com_letterman&task=view&Itemid=49&id=18

Erstinverkehrbringer von Serviceverpackungen können von Lieferanten oder Herstellern der Verpackungen verlangen, dass diese die Lizenzierung bei einem Rücknahmesystem übernehmen, § 6 Abs. 1 Satz 2 VerpackV. Kommt ein solcher Lieferant oder Hersteller diesem Verlangen nicht nach, so dürfen seine Serviceverpackungen nicht mehr verwendet werden, § 6 Abs. 1 Satz 3 VerpackV (Verpackungen, für die keine Systembeteiligung besteht dürfen nach der 5. Novelle der VerpackV nicht mehr in Verkehr gebracht werden).

Da die Kennzeichnungspflicht bezüglich einer Systembeteiligung zukünftig wegfällt (siehe S.6), wäre es möglicherweise ratsam bei fehlender Kennzeichnung einen Nachweis der Lizenzierung beim Lieferanten anzufordern.

■ 3.6 Zugelassene Rücknahmesysteme

Folgende Rücknahmesysteme sind für Verkaufsverpackungen zugelassen:

- Belland-Dual: www.belland-dual.de
- Der Grüne Punkt – Duales System: www.gruener-punkt.de
- EKO-PUNKT GmbH: www.eko-punkt.de
- INTERSEROH Dienstleistungs GmbH: www.interseroh.de
- Landbell AG: www.landbell.de
- Redual GmbH & Co. KG: www.redual.de
- Veolia Umweltservice Dual GmbH: www.veolia-umweltservice.de/dual
- Vfw GmbH: www.vfw-gmbh.eu
- Zentek GmbH & Co. KG: www.zentek.de

4 Vollständigkeitserklärung, § 10 VerpackV

■ 4.1 Pflicht zur Abgabe einer Vollständigkeitserklärung

Für in Verkehr gebrachte Verkaufsverpackungen muss unter den Voraussetzungen des § 10 VerpackV eine Vollständigkeitserklärung abgegeben werden.

Übersteigt die Menge der in Verkehr gebrachten Verpackungen bestimmte Schwellenwerte, sind Unternehmen verpflichtet, eine Vollständigkeitserklärung (VE) bei der zuständigen IHK einzureichen. Die Schwellenwerte sind:

- Glas: 80 t/a
- Papier/Karton/Pappe: 50 t/a
- Aluminium/Weißblech/Kunststoffe/Verbunde: 30 t/a

Unternehmen, die die obigen Schwellenwerte pro Jahr nicht überschreiten, sind nicht verpflichtet, eine VE abzugeben. Werden allerdings in einem dieser Verpackungsbereiche die Schwellenwerte überschritten, so ist die VE für alle Materialgruppen abzugeben. Gegebenenfalls dann eine Abgabe der VE auch erforderlich, weil die zuständige Abfallbehörde es verlangt.

■ 4.2 Hinterlegungsablauf

- VE muss von externen Dritten testiert werden.
- Hierzu berechtigt sind Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, vereidigte Buchprüfer und Sachverständige⁴.

- Diese benötigen dafür eine elektronische Signatur im Sinne des § 2 Signaturgesetzes.
- Die testierten VE müssen dann jährlich (zum 1. Mai) elektronisch bei der örtlichen IHK hinterlegt werden. Zum ersten Mal muss die VE am 1. Mai 2009 für den Zeitraum April 2008 bis Dezember 2008 abgegeben werden.
- Hierzu gibt es mittlerweile eine Webseite: www.ihk-ve-register.de/
- Die IHK muss im Internet Namen und Anschrift der hinterlegenden Unternehmen veröffentlichen.
- Die Erklärungen selbst werden in ein geschütztes Intranetportal eingestellt, in das auch die Dualen Systeme ihre Lizenz-Daten und –Mengen eingeben.
- Nur zuständige Abfallbehörden erhalten im Rahmen ihrer Überwachungsfunktion vollständige Leserechte der hinterlegten Daten.

■ 4.3 Inhalt der Vollständigkeitserklärung

- In Verkehr gebrachte „b2c-„ und „b2b“-Verpackungsmengen, unterschieden nach Verpackungsmaterial
- Aufteilung der „b2c“-Verpackungen auf die dualen Systeme
- Materialart und –mengen in Branchenlösungen und Name eines Ansprechpartners, der hierüber Nachweis führt
- Angaben zur Verwertung der „b2b“-Verkaufsverpackungen

⁴ Wer diese testierfähigen Personen sind bestimmt sich nach den einschlägigen Spezialgesetzen, wie die WPO, SteuerberaterG, UmweltauditG oder GewO.

■ 4.4 Weiterführende Fragen

Frage	Antwort
Wer ist zur Abgabe einer VE verpflichtet, wenn von einem ausländischen Hersteller an einen deutschen Abnehmer geliefert wird und die Verpackung in Deutschland unmittelbar übergeben wird?	Bedient sich der ausländische Hersteller nicht eines deutschen Importeurs im Sinne der VerpackV, ist der Hersteller selbst verpflichtet, eine VE abzugeben.
Ist das Inverkehrbringen bereits mit der Übergabe an den deutschen Abnehmer erfolgt?	Ja, mit Eintritt der Ware in deutsches Staatsgebiet wird die Ware hier in Verkehr gebracht.
Wie ist die Formulierung „von ihm mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen“ zu verstehen?	Derjenige, der die Ware herstellt und sie verpackt nutzt „von ihm mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen“.
Müssen Verpackungen gemeldet werden, die in Deutschland erstmals in Verkehr gebracht werden, aber nicht vom Inverkehrbringer mit Ware befüllt wurden?	Im Falle eines Distributors von Ware, die er selbst verpackt und dann an den Endverbraucher abgibt ist dieser wohl selbst verpflichtet, eine VE abzugeben. Dies ist jedoch noch zu diskutieren, da es ein Grenzfall ist. Grundsätzlich bezweckt die VerpackV, denjenigen, der das Produkt in der Verpackung auf den Markt bringt, zur Verantwortung zu ziehen. Streitig ist, ob die Lizenzierungspflicht z.B. den Händler, der die Ware nicht an den Endverbraucher herausgibt, pflichtig ist, wenn er die Ware abgepackt hat. Schließlich hat er es in der Hand, wie die Ware verpackt wird.
Warum setzt § 6 Abs. 1 im Gegenzug nicht die eigenhändige Befüllung mit Ware voraus?	Die unterschiedliche Formulierung könnte ein redaktionelles Versehen sein. Zumindest die IHK's gehen von einer Angabepflicht von importierten und verpackten Waren in der VE aus. Die Angabe in der VE dieser schon verpackten importierten Ware könnte empfehlenswert sein, solange dieser Streit nicht eindeutig entschieden worden ist.

5 Branchenlösung, § 6 Abs. 2 VerpackV

Eine Ausnahme zur Anschlusspflicht an ein Entsorgungssystem stellt die sogenannte Branchenlösung nach § 6 Abs. 2 VerpackV dar.

■ 5.1 Voraussetzungen

Die Branchenlösung gilt nur für Anfallstellen, die einem privaten Endverbraucher gleichgestellt sind. Laut § 3 Abs. 11 VerpackV sind diese insbesondere Gaststätten, Hotels, Kantinen, Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen, Freiberufler und typische Anfallstellen des Kulturbereichs (Kinos, Opern, Museen) sowie des Freizeitbereichs (Ferienanlagen, Freizeitparks, Sportstadien und Raststätten).

Es müssen geeignete Erfassungsstrukturen an den Anfallstellen sichergestellt werden. Alle belieferten Anfallstellen müssen die Möglichkeit haben, sich an der Branchenlösung zu beteiligen, ein Zwang hierfür besteht nicht.

Es muss eine Sachverständigenbescheinigung erstellt werden. Darin müssen folgende Informationen enthalten sein:

- Beschreibung und Abgrenzung unter Bezug auf § 3 Abs. 11 VerpackV;
- Liste der an der Branchenlösung beteiligten Hersteller/Vertreiber;
- Kriterien zur Bestimmung der Menge an Verkaufsverpackungen, mit der sich ein Hersteller/Vertreiber an dieser Lösung beteiligen kann;
- Benennung der Anfallstellen;
- Beschreibung der Erfassungsstrukturen und der Verwertungsstrukturen
- Mengenstromprognose.

Über die Verwertung der Verkaufsverpackungen ist entsprechend dem Anhang I Nr. 1 und 4 der VerpackV ein Mengenstromnachweis zu führen. Die vorgeschriebenen Mengenquoten sind einzuhalten, insbesondere dürfen keine anderen Verpackungen, wie z.B. Um- oder Transportverpackungen einbezogen werden. In geringen Mengen können in die Branchenlösung Verpackungen einbezogen werden, die nach Art, Größe und Form den Verpackungen der beteiligten Hersteller/Vertreiber entsprechen, wenn sie von nichtbeteiligten Herstellern und Vertreibern stammen.

Der Handel fällt grundsätzlich nicht unter die dem privaten Endverbraucher gleichgestellten Anfallstellen. Wenn die Anfallstelle jedoch nur teilweise Handelstätigkeiten umfasst, kann ein Sachverständiger diese als eine b2c Anfallstelle beurteilen.

Die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) hat in einer Studie weitere Anfallstellen ermittelt, die für eine Branchenlösung nicht in Frage kommen.

- Kleinstanfallstellen (dort fallen Verpackungen entweder bei sehr wenigen Anfallstellen in großen Mengen oder bei sehr vielen Anfallstellen in sehr geringen Mengen an).
- Bagatellanfallstellen (dort fallen bezogen auf die Tonnage pro Produktgruppe weniger als 0,5% an Verpackungen an).

Eine Einordnung der Unternehmen in „Branchen“ kann durch die verbindliche EU-Wirtschaftssystematik (NACE⁵) erfolgen. Eine Branche ist sowohl über die anfallenden Verpackungen als auch über die Waren an sich zu definieren. Die Ware, für deren Verpackung eine Branchenlösung in Frage kommt, muss anfallstellen affin sein, d.h. die Ware muss einen Bezug zur Anfallstelle haben.

5 http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/index/nace_all.html

■ 5.2 Weiterführende Fragen

Frage	Antwort
Welche Kriterien (Quoten) haben Entsorger zu erfüllen?	Entsorger haben eine 100% Quote an den Anfallstellen zu erfüllen
In Bezug auf das Reporting: wäre ein produktbezogener Split b2b/b2c denkbar (wie WEEE-Reporting: Input – in Verkehr gebrachte Menge)?	Der b2b-Bereich muss keine Quoten erfüllen, sodass eine Unterscheidung nicht notwendig sein wird.
Was sagt die GVM-Studie im Hinblick auf IT-Hersteller aus?	Die Studie ermittelt eine Quote von 27,4% an branchenlösungsfähigen Verkaufsverpackungen. Diese besteht zu 24% aus Kunststoff und zu 28% aus Papier, Pappe oder Kartonagen (PPK). Die Studie soll alle zwei Jahre aktualisiert werden, das nächste Mal im Juni 2009.
Es gibt die Aussage eines Entsorgers, daß die IT/TC-Branchenlösung wie folgt definiert sei: 70% recovery/recycling of packaging waste b2c customers; 30% recovery/recycling of packaging waste b2b customers. Unterstützen Erkenntnisse aus z.B. der GVM-Studie oder sonstigen Marktanalysen diese Aussage?	Die GVM unterstützt diese Aussage, indem sie eine Quote von 27,4% ermittelt.
Können x-beliebige Anfallstellen sowie eine Branchenlösung innerhalb eines Entsorgungsvertrages definiert werden (gesetzlich)?	In der GVM-Studie wurde eine Einteilung der Anfallstellen vorgenommen, die laut GVM/Interseroh hoffentlich zur Norm werden wird. ⁶
Laut LAGA-Entwurf vom Juni 2008 ⁷ ist der Handel keine dem Endverbraucher gleichgestellte Anfallstelle im Sinne einer Branchenlösung. Ist mittlerweile geklärt, ob die Anfallstellen des Handels innerhalb einer Branchenlösung mit erfasst werden können?	Es gibt noch keine konkrete Aussage hierzu, jedoch ist anzunehmen, dass der Handel weiterhin von einer dem Endverbraucher gleichgestellten Anfallstelle herauszuhalten ist.

6 Die Einteilung lautet wie folgt: Produktgruppe Informations-, Kommunikationstechnik, Consumer Electronics. Hierzu gehören folgende Produkte: Telekommunikationsgeräte, IT-Hardware, IT-Peripheriegeräte, Elektrische Büromaschinen, Unterhaltungselektronik, Speichermedien, Datenträger, Phototechnik und Medizintechnik. Dem privaten Endverbraucher vergleichbare Anfallstellen sind: Behörden, Verwaltungen, Dienstleistungsbetriebe, Kfz-Betriebe, Elektroanlagenbauer und -installateure.

7 http://laga-online.de/laganeu/images/stories/pdfdoc/allgemein/Branchenloesungen_Webseite.pdf

6 Rücknahmepflicht für Verkaufsverpackungen, die beim gewerblichen Endverbraucher anfallen (b2b), § 7 VerpackV

Obwohl die VerpackV Transport- und Verkaufsverpackungen in verschiedenen Paragraphen behandelt, gelten für sie dieselben Pflichten. Wie die Rücknahme erfolgen muss, richtet sich nicht nach der Verpackungsart, sondern nach der Anfallstelle (Privathaushalt oder Gewerbe).

■ 6.1 Betroffene Verpackungsarten

Transportverpackungen

Nach § 4 VerpackV sind Hersteller und Vertreiber von Transportverpackungen verpflichtet, diese zurückzunehmen. Die zurückgenommenen Verpackungen sind nach Möglichkeit wiederzuverwerten.

Es ist die Möglichkeit hier in Betracht zu ziehen, daß ein Distributor die Transportverpackungen (und Umverpackungen) selbst entsorgt und diese Dienstleistung dann dem Vertreiber der Ware in Rechnung stellt. Der Wortlaut einer solchen Vereinbarung könnte an § 4 VerpackV angelehnt werden. Es muss dann jedoch genau dokumentiert werden, dass diese Verpackungen des Vertreibers entsorgt worden sind. Die Lizenzierungspflicht ist dadurch nicht auf den Distributor übergegangen, sondern verbleibt beim Vertreiber der Ware. Lediglich die Erfüllung dieser Pflicht wird vom Distributor übernommen.

Verkaufsverpackungen

Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bezüglich Verkaufsverpackungen ändert sich im Vergleich zur jetzt gültigen Fassung durch die Novelle zum 1. Januar 2009

nicht, wenn diese b2b anfallen. Die Pflichten stehen nach der 5. Novelle der VerpackV nur an anderer Stelle, in § 7 VerpackV.

■ 6.2 Rücktransport oder vor Ort Entsorgung

Die Rücknahme muss nicht bedeuten, dass die Verpackungen zum Vorlieferanten zurück gebracht werden. Durch einen beauftragten Dritten oder eine zur Anfallstelle ortsnahe Entsorgung können die Rücknahmepflichten auch erfüllt werden.

■ 6.3 Beauftragung Dritter, § 11 VerpackV

Es kann sowohl ein einzelnes Entsorgungsunternehmen oder auch eine flächendeckende Organisation beauftragt werden. Letztere sind tätig für:

- Branchensysteme
- große einzelne Hersteller oder Vertreiber, die an einen klar definierten Kreis an Kunden liefern
- Rücknahmesysteme für bestimmte Packmittelgruppen, z.B. Papiersäcke, Stahlfässer.

■ 6.4 Entsorgung bei „haushaltsähnlichen“ Anfallstellen

Es gibt einige gewerbliche Anfallstellen, die in der VerpackV den privaten Haushalten gleichgestellt werden. Diese haben Anspruch auf kostenlose Entsorgung der an sie gelieferten Verkaufsverpackungen, wie z.B. Verpackungen von Putzmitteln oder Lebensmittel, die ähnlich auch in privaten Haushalten anfallen können.

7 Rücknahmepflicht für schadstoffhaltige Füllgüter

Hersteller und Vertreiber von Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter sind verpflichtet, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass gebrauchte, restentleerte Verpackungen vom Endverbraucher in zumutbarer Entfernung unentgeltlich zurückgegeben werden können. Auf diese Möglichkeit muss auch deutlich sichtbar und lesbar an der Verkaufsstelle und im Versandhandel durch andere geeignete Maßnahmen hingewiesen werden.

Die zurückgenommenen Verpackungen müssen einer erneuten Verwendung zugeführt werden, soweit dies möglich ist.

Auf Verlangen ist der zuständigen Behörde eine Dokumentation der Pflichterfüllung vorzulegen.

8 Ausblick

Die Verpackungsverordnung hat nun schon in den letzten 10 Jahren fünf Änderungsgesetze miterlebt. Es wird wohl immer wieder den Bedarf einer Anpassung des Entsorgungssystems an technische und gesellschaftliche Entwicklungen geben. Die Verantwortung bezüglich der Vermeidung von Verpackungsabfall wurde bisher auch bei dem Verbraucher gesehen. Nun setzt der Gesetzgeber sehr viel stärker auf die Hersteller und Vertreiber von

verpackter Ware, da diese aus seiner Sicht die Menge an in Umlauf gebrachter Verpackung eher beeinflussen können. Es bleibt abzuwarten, wie sich die 5. Novellierung etabliert, wie mit heute noch offenen Fragen umgegangen wird und wie Grenzfälle gelöst werden können.

9 Anhang

■ 9.1 Links/weitere Info / Helpdesks

- www.bmu.de/abfallwirtschaft/verpackungsverordnung/doc/5882.php
- www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/verpackv_lesef.pdf
- www.ihk-ve-register.de/
- www.dihk.de/index.html?inhalt/themen/innovationundumwelt/umweltberatung/verpackung/index.html
- www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gvm_studie.pdf

■ 9.2 Glossar

Begriff	Definition
b2b / b2c	Business to business / Business to consumer
Einzugsgebiet	Gebiet des Landes, in dem die Waren in Verpackungen in Verkehr gebracht werden.
Endverbraucher	Derjenige, der die Waren in der an ihn gelieferten Form nicht mehr weiter veräußert.
Hersteller	Wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse herstellt, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, und derjenige, der Verpackungen in den Geltungsbereich der Verordnung einführt – also auch Importeure.
Restentleerte Verpackungen	Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.
Transportverpackungen	Verpackungen, die den Transport erleichtern, die Ware vor Beschädigung schützen oder der Transportsicherheit dienen und beim Vertreiber anfallen.
Verbundverpackungen	Verpackungen aus unterschiedlichen, von Hand nicht trennbaren Materialien, von denen keines einen Masseanteil von 95% überschreitet.
Verkaufsverpackungen	Die beim Endverbraucher anfallenden Verpackungen, die als eine Verkaufseinheit angeboten werden.
Verpackungen	Aus beliebigen Materialien hergestellte Produkte zur Aufnahme, zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung oder zur Darbietung von Waren und vom Hersteller an den Vertreiber oder Endverbraucher weitergegeben werden.
Vertreiber	Wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, oder Waren in Verpackungen, gleichgültig auf welcher Handelsstufe, in Verkehr bringt. Auch der Versandhandel!

■ 9.3 Profile ausgewählter Entsorger im Überblick

	BellandVision	EKO-PUNKT	Interseroh
Sind die Branchenlösungen bereits heute durch einen Sachverständigen bescheinigt?	Ja, seit Dezember 2008	Ja	Ja, seit August 2008
Wie lang hat der Anbieter Erfahrung in der Durchführung von Branchen-/Selbstentsorgermodellen?	Seit 1999	/	Seit 1999
Werden die Quoten anhand der „GVM-Studie 2008 für Branchenmodelle“ pro Fraktion bei der Ermittlung der Vertragsmengen herangezogen?	Ja	Ja	Ja
Falls nicht die GVM-Studie herangezogen wird, welches andere Modell dient dann als Grundlage?	Als Grundlage dient der konkrete Nachweis der an Großverbraucher gelieferten Menge pro Fraktion sowie der Lieferbezug (Benennung der Anfallstellen).	/	/
Werden die nachgewiesenen Mengen zu 100 % in Relation zur angemeldeten Tonnage erfüllt oder entsprechend der Quote nach Anhang I der VerpackV?	Verordnungskonform	Ausschließlich im eigenen System	100 % Relation
Werden Rückerstattungsmengen aus Handelsanfallstellen mit eingerechnet?	Nein, separate Ausweisung	Nein	Nein Soweit legale Möglichkeiten bestehen, muss in jedem Einzelfall gesondert geprüft werden.
Werden die angemeldeten Lizenzmengen ausschließlich im eigenen Branchenrücknahme-Modell des Anbieters geführt oder ganz bzw. z.T. in andere Systeme weitergemakelt?	Selbst	Selbst	Selbst
Ist der Anbieter ebenfalls Anbieter eines Dualen Systems?	/	Ja	Ja
Falls Sie Anbieter eines Dualen Systems sind, sind Sie in allen Ländern zugelassen.	Ja	Ja	Ja
Falls Sie als Duales System nicht in allen Ländern vertreten sind, in welchen nicht?	/		/

Redual	Veolia Umweltservice Dual	Vfw	ZENTEK
Ja, durch den TÜV	Vorläufige Bescheinigung von zwölf Branchenlösungen seit Juli 2008. Start der BL zum Jahr 2009.	Ja, seit September 2008	Ja
Seit 2004	seit Einführung der VerpackV (mit Vorgesellschaften wie Sulo, Cleanaway, etc.)	Seit über 15 Jahren	Seit 2005
	Ja	Nein	Ja
	Grundsätzlich auch individuelle Anrechnungsquoten möglich bei Kenntnis der genauen Vertriebswege (Kundendaten)	CHD Expert Deutschland	/
	Erfassung wie von der LAGA gefordert	Entsprechend Tonnage	100% Rücknahmen gemäß Laga/APV; Verwertung mindestens gemäß Anhang I der VerpackV?
	Ja, in Form einer Eigenrücknahmelösung (§ 6 Abs. 1 Satz 5-7 VerpackV), jedoch keine Einbringung in BL, da nicht zulässig.	Nein, ggf. über Vorabbepreisung	Eine Eigenrücknahme kann nachträglich bei entsprechendem Nachweis erstattet werden; eine vorherige Einrechnung ist seriös nicht möglich
Selbst	Selbst	Selbst	ausschließlich über das Duale System Zentek bzw. eigene Branchenmengen
Curanus gehört zur Reclay Group, die wiederum ein eigenes duales System besitzt, die Redual GmbH & Co. KG.	Ja	Ja	Ja
Ja.	Ja	Ja	Ja
	/	/	

	BellandVision	EKO-PUNKT	Interseroh
Wie wird im Falle einer Nachlizenzierung bei Dualen Systemen verfahren?	Verordnungskonform		Falls die relevanten GVM-Branchenquoten nicht überschritten werden, übernimmt Interseroh das finanzielle Risiko der Nachlizenzierung.
Wer ist Ihr Ansprechpartner für weitere Fragen?	Thomas Mehl (GF) 09241.4832-202 thomas.mehl@bellandvision.de	Andre Dubrall 02161.2476-332 andre.dubrall@remondis.de	Frank Kurrat 02203.9147-1319 frank.kurrat@interseroh.com
Weitere Anmerkungen / Informationen	BellandVision ist das einzige duale System, das ein handels- und herstellerorientiertes Geschäftsmodell anbietet.	EKO-PUNKT gehört zur REMONDIS Gruppe. Kein Entsorgungsunternehmen Deutschlands hat mehr Erfahrung in der Umsetzung flächendeckender Entsorgungssysteme.	Das Interseroh Branchenlösungsmodell ist nicht nur durch die zust. Sachverständigen bescheinigt, sondern auch vom TÜV Rheinland hinsichtlich der Einhaltung aller notwendigen Voraussetzungen in Bezug auf die Novelle der VerpackV als Verfahren geprüft und besiegelt.

Redual	Veolia Umweltservice Dual	Vfw	ZENTEK
	Falls der Fall eintreten sollte, dass Branchenmengen nicht erreicht werden, erfolgt eine Nachbelastung der entsprechenden Mengen	Auf Kosten von Vfw	Es kommt darauf an; gem. Verordnung ist der Lizenznehmer dafür verantwortlich. Ob der Lizenznehmer oder der Auftragnehmer die Kosten übernehmen, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. (Verweigern z.B. Abnahmestellen des Kunden den Anschluss an das Rücknahmesystem, wird der Lizenznehmer die Kosten einer Nachlizenzierung selbst tragen müssen.)
Gino Salamina 0177.2142147 salamena@artcons.de	Holger Burfeind 02133.88500-53 holger.burfeind@veolia-umweltservice.de	Werner Schönenkorb 02234.9587163 Werner.Schoenenkorb@Vfw-gmbh.eu	Michael Droege 02203.8987-508 mdroege@zentek.de
		Zahlreiche Großkunden wie Fujitsu, Nokia, Epson, Kyocera sind zufriedene Vfw-Kunden.	

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.100 Unternehmen, davon 850 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.



Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e. V.

Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel.: 030.27576-0
Fax: 030.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org